

Seit dem 1. Januar 1932 mit wöchentlichen Beiträgen „Schrift und Zeit“ und der Sonderbeilage „Ruf unter Seinen Freunden“, sowie den Zeitschriften „Der Vaterland“ „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Haushaltung“, „Frig“ „der Naturfreund“, „Das gute Buch“ Monatlicher Verkaufspreis 8,- bis 10,- Pfennig. Erscheinungszeit 10.- Sonderausgabe und Sondernummer 20.- Pfennig.

Herausgegeben von Dr. W. Tiefenthal, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlagshaus, Druck und Verlag: Hermann Schubert jun. und Sohn, Dresden-Neustadt, 1, Palaisstrasse 17, Telefon 21012, Postleitzahl Dresden 1035, Bankfach Stadtkanzlei Dresden Nr. 94782.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Neustadt 1, Postleitzahl 17, Telefon 21012

## Die Ausprache im Reichstag

Die ersten beiden Sitzungstage — Beratung über den Termin der Präsidentenwahl

### Goebbels beleidigt Hindenburg

Berlin, 24. Februar.

Der Reichstag, der gestern nach langer Pause wieder zusammengetreten ist, hat schon in seiner ersten Sitzung den Beweis dafür erbracht, wie richtig die Regierung handelt, wenn sie die Tagung des Parlaments in der gegenwärtigen Zeit so startet als möglich einräumt. Nach der kurzen sachlichen Begründung des Regierungsvorschlags für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichsinnenminister Groener kam es während einer Rede des nationalsozialistischen Redners Dr. Goebbels zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Goebbels sagte: „Sage mir, wer dich lobt, und ich werde dir sagen, wer du bist.“ Hindenburg wird gelobt von der Berliner Asphaltpreise und von der Partei der Deutschen.“ Diese Ausprache bedeutet zweitens eine schwere Beleidigung des Reichspräsidenten, und es ist durchaus zu billigen, daß Goebbels wegen dieser Beschimpfung von der Sitzung ausgeschlossen worden ist. Offenbar war es den Nationalsozialisten selbst auch nicht ganz recht, daß Goebbels so auffällig geworden ist, denn der Abgeordnete Straßer versuchte hinterher den Eindruck der temperamentvollen Rede des kleinen Doktors etwas zu verwischen. Ein beschämendes Schauspiel war es, als die Nationalsozialisten mehrere Redner der Linken am Sprechen zu hindern suchten, die als Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzte sich dagegen vermauerten, daß Goebbels, der Krieg als Kriegsunfähig nicht teilgenommen hat, ihre Partei als Deutsche beschimpft.

In der heutigen Sitzung wird die politische Ausprache fortgesetzt, als erster Redner soll Abgeordneter Dr. Breitscheid für die Sozialdemokraten sprechen. Wenn Dr. Breitscheid oder einer der anderen Redner auf den genannten Goebbel-Gesetz oder auf andere aktuelle Fragen, wie z. B. Befreiung des Rundfunks im Wahlkampf usw., zurückkommen sollte, ist anzunehmen, daß der Reichsminister Dr. Groener dazu das Wort nehmen wird. Dagegen wird nicht damit gerechnet, daß der Reichsaußenminister Dr. Goebbels bereits heute sprechen wird. Wenn Dr. Groener Verabschiedung nimmt, zum Reichswirtschaftsrat zu sprechen, so soll dann auch der Briefwechsel Dr. Groeners mit dem Führer des Reichsbanners, Höhmann, der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Nach Breitscheid werden voraussichtlich die Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven (DNst.), Dr. Bredt (Wirtschaftsp.), Graf Westarp (Vollständigkeit) und Simpoldößler (Christlichsoz.) zu Worte kommen.

### Die Sitzung am Dienstag

Bei der Reichstagsitzung am Dienstag, die pünktlich um 9 Uhr begann, gehabte Reichstagspräsident Voß des verstorbenen Abgeordneten Beimann. Am Regierungssitz waren neben Reichstagspräsident Dr. Brüning die Minister Dietrich, Groener und Siegwald Platz genommen. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: „Beschlußfassung über den Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten“. Das Wort erhielt zunächst Reichsinnenminister Dr. Groener, der folgende Erklärung ab:

Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichswahlzeit sieben Jahre. Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten begann mit dem 5. Mai 1925, an welchen Tag der Reichswahlklausus des Herrn Reichspräsidenten für gewählt erklärt hat. Seine Amtsperiode geht also um 5. Mai dieses Jahres zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so weit vorzubereiten, daß am 5. Mai ein Reichspräsident — neu gewählt — zur Übernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahlzeit für eine Reichstagswahl nominiert Reichspräsident bestimmt wird, wird der Wahlgang für die Präsidentenwahl vom Reichstag festgestellt.

Nach dem Präsidentenwahlrecht ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit erhalten hat.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlrecht würde eine Beschlusshaltung des Reichstags über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein, wenn seine Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Ersatzbeschuß über den Tag des zweiten Wahlganges zu fassen. In gleicher Weise in der Reichstag im Jahre 1925 verliefen, als nach dem unerwarteten Ableben des ersten Herrn Reichspräsidenten die Neuwahl in einem ersten Wahlgang von Österreich und einem zweiten Wahlgang nach Osten vorgenommen werden mußte.

Der Reichstag muß noch den ersten ein Sonntag oder ein öffentlicher Arbeitsstag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht. Zur Vorbereitung der Wahl ist eine anstrengende Zeitspanne erforderlich. Zwischen ersten und zweitem Wahlgang muß weiter eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zumindest einem zweiten Wahlgang und dem Amtseintritt des neu gewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine vorreichende Zeit liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, daß während der österreichischen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. Es ergeben sich aus der Wahltechnik wie der Kündelvertrag amüsantig Sonntag, der 13. März für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10. April, für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Es sind das nach dem Kündel die gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Naemens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem hohen Hause zu empfehlen, meinem Vorstoß zu folgen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die Wahlbereitstellungen angeführt vor sich gehen können. Allen Berufen, Wahlvereinigungen durch Gewaltmaßnahmen zu verbieten und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das Schärfste entgegengestellt.

Die Erklärung des Ministers wird ohne größere Störungen abgeholt, nur an Stelle kommen von den Kommunisten und Nationalsozialisten Rufe, die sich gegen Reden und Presseverbote wenden.

Als erster Redner der Parteien erhält Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) das Wort.

Er erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe die Gelegenheit herbeigegangen, um Ablösung mit dem Kabinett Brüning und der von ihm vertretenen Politik zu halten. Der große Wendepunkt der jüngsten Geschichte sei der 11. September 1930, an dem sich aus den verfallenden bürgerlichen Parteien die große nationalsozialistische Massenpartei zum Sieg erhoben habe. Reichskanzler Dr. Brüning habe das Werk dieses geschäftlichen Ereignisses verfälscht, wenn er hätte an der Machtverteilung habe sich dadurch nichts geändert. Die Entscheidung darüber, ob die Reaktion ihre Macht an die Opposition ab-

treten hat, steht im demokratisch-parlamentarischen Regime allein dem Volke zu. (Applaus links und Mitte.) Sie als Großbüter der Demokratie! Es ist nicht unsere Schuld, wenn der deutsche Arbeit im Ausland ins Wanken gerät. (Applaus Rufe links und in der Mitte: „Doch, Ihre Schuld“) Schuld daran trägt die Tatsache, daß man bis zu dieser Stunde verhindert hat, daß diejenigen an die Macht kommen, denen das Volk die Macht geben will. Die Mißfolge, die die Regierung nicht nur in der inneren Weltwirtschaft und Außenpolitik erlitten hat, haben das Volk in einer immer stärkeren Opposition gegen die Regierung gebracht. Wir haben uns gegen den Dawesplan und die übrigen Trümmerpläne gewehrt.

Auf der linken Seite herrscht so große Unruhe, daß Dr. Goebbels, der heute viel leidet als gewöhnlich spricht, nur schwer das Gefühl der Unterhaltungen übertragen kann. Einige Nationalsozialisten rufen nach links hinüber: „Ruhe“, „Ruhthalten!“ Präsident Löbke erwidert wiederholt um Ruhe.

Abg. Dr. Goebbels protestiert in seinen weiteren Aussprüchen gegen die Römerordnungswillkür und vor allem gegen die Verbote nationalsozialistischer Zeitungen. Warum verbietet es führt er fort, die Welt die Reparationskonferenz und die übrigen internationalen Entscheidungen immer wieder? Weil Sie, Herr Reichsaußenminister, der Welt keine Aktivlegitimation für Deutschland mehr bieten! Weil man mit Ihnen, Herr Reichsaußenminister, keine Vereinigungen mehr machen will, weil man im Ausland weiß, daß Sie der Mann von gestern sind und daß der Mann von morgen ein kommt. Der Reichspräsident v. Hindenburg, dessen Präsidentschaft in diesen Jahren den Kabinett des Sozialismus ermöglicht hat, wollte der Reichsaußenminister Dr. Brüning die Amtszeit mit unserer Hilfe verlängern. Wir, die wir immer als Staatsbürger weiter kämpfen werden und sollten nur auf einmal auf geringen Preis diesem Sitz am auf der Verleugnung zu helfen. Das Lehnen wir ab.

Wenn Reichspräsident v. Hindenburg unzureichende Hilfe für seine Präsidentschaft in Anspruch nehmen will, dann muß er sich entscheiden, daß wie von ihm verantwortete Politik überprüft wird. Wir haben vor sieben Jahren Hindenburg gewählt, weil er der Sohn des nationalen Deutschland dienen wollte. Er hat das eigentlich getan. (Applaus, Rufe „Aber nicht!“ aus der Deutschen Volkspartei.) Er hat nie einstimmig auf die Seite der Mitte und des linken getreten. (Applaus Rufe „Aber nicht!“ aus der Deutschen Volkspartei.) Nur seine Wahl wurde jetzt die Berliner Asphaltpreise und die Partei der Deutschen.

Diese Worte, die der Redner mit einer Handbewegung präsentiert, einen lauernden Verweis auf Seite 29.

## Bertrauen für Tardieu

Die Regierungserklärung des neuen französischen Kabinetts

### 309 gegen 262

Paris, 23. Februar

Das Kabinett Tardieu stellte sich am Dienstagabend der Kammer und dem Senat vor. In der Kammer verlas Tardieu die Regierungserklärung, die sich im wesentlichen auf außenpolitische Fragen erstreckte. Nach einem kurzen Hinweis darauf, daß die neuen Regierung nur eine beschränkte Aufgabe zu folge, ging er sofort auf die Tribut- und Abrüstungsfrage ein.

Die französische Theorie in der Reparationsfrage beschränkt sich auf die bestehenden Verträge, die gewisse Änderungen zulassen, die aber von den Unterzeichnern nicht wahrgenommen werden dürfen. Der französische Abrüstungsplan in Genf bewirkt die Stärkung des Völkerbundes durch die Schaffung einer internationalen Streitmacht. Die französische Regierung ist die einzige, die dem Völkerbund bisher einen solchen vertraglichen Plan unterbreitet hat. Die Annahme dieses Plans würde eine sofortige Herabsetzung der Heeresausgaben ermöglichen. Frankreich hat außerdem das Recht darauf, je zu errichten, daß es seine Heeresstärke bereits stark verringert hat und die Dienstzeit um zwei Drittel herabgesetzt. Die französische Regierung begrüßt das französisch-englische Abkommen über die Unionssicherheit, da beide Länder den Frieden im Weltmachen. Diejenigen Völker, mit denen wir in Krieg standen, den wir erklitten haben, müssen, daß sie unverzüglich auf eine ehrliche und weitverzweigte Haltung rechnen können, die auf Gegenheitlichkeit beruhen muß, um eine Annäherung der Interessen und Gedanken zu ermöglichen.

Tardieu ging kurz auf die Innenspolitik ein und betonte die Notwendigkeit der schnellen Verabsiedlung des Haushaltsgesetzes. Er erklärte ferner, daß sich die Regierung nicht in den Kampf um die Wahlreform mischen werde. Die Festsetzung des Wahltermins sei ein Vorrecht der Regierung, die sich daher von den

Interessen des Landes leiten lassen werde. Zu wirtschaftlichen und finanzieller Verjährung wies Tardieu auf die bevorstehende Stellung Frankreichs hin und betonte, daß die Regierung alles unternehmen werde, um etwaige Schwierigkeiten zu begegnen. Was die Einladungen bzw. Renoncierungen der vereidigten Minister angeht, so hat Tardieu insbesondere die Zusammenlegung des Kriegs-, Kriegsmarine- und Luftfahrtministeriums hervor, die eine sofortige Auflösung dieser Kabinettsgremien erfordert. Nach der Verleugnung dieser Erklärung wurde sofort in die öffentliche Aussprache eingegriffen.

Der sozialistische Abg. Renaudel kritisierte die Regierungserklärung sehr. Einem beklommenen Lächeln in die Kamera, ob der neuerrichtete Kommissar für Außenhandelspolitiken in einigen armen Afrikagewalten niedergelassen habe, war, wie Pointet eines Tages schreibt, die Begründung für die Übernahme eines Ministeramtes.

Am Ende der Aussprachetage erklärte Tardieu, zu den internationalen Abmachungen, die möglichen Frieden der Arbeiter und der Arbeitgeber in Frankreich unter die Obhut der internationalen Mittelpunktsalben vom 1932 anzunehmen. Frankreich habe also hoffentlich der Verhandlung der Kulturräte an einer Stelle (1).

Bei der weiteren Aussprache kam es zu einem gewaltigen Zittern. Der rednachende General Saint Juste rief den Abg. Leon Blum einen Namen Deutschlands. Darauf flüchteten die Sozialisten in Rennen gegen die Rechte vor. Die Rautenzen wurden durch Aufhebung der Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederbeginn der Sitzung wird der Regierung Tardieu mit 309 gegen 262 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

### Kammerwahlen am 10. und 17. April?

Paris, 22. Februar

Nach dem „Autonome“ plant die Regierung die Kammerwahlen am 10. und 17. April abzuhalten.